

Komplementarisierung des Charakters, der Rolle und der Arbeit von Männern und Frauen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und ihren Zusammenhang mit der industriellen und privaten Arbeitsorganisation. Den beiden letztgenannten Beiträgen kommt das Verdienst zu, auf eine Problematik hinzuweisen, die bisher in der Bundesrepublik – anders als in England, Frankreich und den USA – ebenso vernachlässigt wurde wie bis vor kurzem die Familienforschung, mit der sie jedoch viel zu tun hat: die Rekonstruktion der vergessenen und verschwiegenen Geschichte von Frauen². Gisela Bock

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 2), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 287 S., kart., 42 DM (für Abonnenten der Zeitschrift 37 DM).

Seit mehreren Jahren ist das Thema: Revolution, Revolutionsforschung und Revolutionstheorie in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. Die Gründe für die gegenwärtige intensive Beschäftigung mit einem in der älteren geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum eigens thematisierten Bereich liegen offen zutage. In diesem Kontext kann auch das von H.-U. Wehler herausgegebene Sonderheft als ein wichtiges Dokument dieser jüngsten Bemühungen gelten. Denn die Revolutionsforschung der letzten fünf Jahre hat nicht nur eine kaum überschaubare Literatur hervorgerufen, die in dieser Veröffentlichung Beachtung findet. Auch ist inzwischen von Kritikern dieser Forschungsrichtung zu hören, es sei noch nicht gelungen, »zum Wesen der Revolution« vorzudringen; so eine Äußerung anlässlich des jüngst in den USA durchgeführten Symposiums zu Revolutionstheorie und geschichtswissenschaftlicher Forschung. Zwar können einzelne Beiträge dieses Sonderheftes auch zur Bestätigung dieser resignierenden Aussage herangezogen werden. Insgesamt aber werden gerade an diesem Heft bedeutende Fortschritte innerhalb der jüngsten Revolutionsforschung deutlich.

Das Sonderheft vereinigt neuere Studien zur amerikanischen Revolution mit einer ausführlichen theoretischen Arbeit zum Stand der Revolutionsforschung und mit drei weiteren Aufsätzen zur Revolutionsgeschichte in Europa. Diese Zusammenstellung ist besonders glücklich; denn sie macht auf die Vorzüge sowohl der jüngsten empirischen Forschungsarbeiten als auch der theoretischen Reflexion innerhalb der Revolutionsgeschichte aufmerksam. Darüber hinaus deutet sie auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten hin, die in der engeren Verknüpfung von theoretischer und empirischer Arbeit auf diesem Gebiet liegen.

Der Aufsatz von *Hans-Christoph Schröder* »Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive« kann mit Gewinn gelesen werden, insbesondere weil Schröder den Vergleich mit der amerikanischen Revolution im Hinblick auf die sogenannte »puritanische Revolution«, nicht aber auf die »Glorious Revolution« durchführt. Allerdings wird dieser Beitrag gerade dann wenig befriedigen, wenn nach dem Revolutionsverständnis des Verfassers gefragt wird. Hier ist nur sehr Widerspruchsvolles zu erfahren. Auf der einen Seite bezog nach Schröder die englische Revolution breite Volksschichten wie auch Teile der unteren Mittelschichten ein und führte somit zu einer radikalen Infragestellung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite leugnet Schröder die soziale Komponente der Revolution fast völlig zugunsten einer politischen und verfassungsgeschichtlichen Deutung. In der englischen Abneigung gegen den Begriff »innovation« glaubt er einen konservativen Grundzug erkennen zu können, ungeachtet der Tatsache, daß

2 Vgl. dazu *Gisela Bock / Barbara Duden*, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199.

die geforderten »old privileges« etwas radikal Neues beinhalteten. Auch vertauscht Schröder in seiner Argumentation immer wieder Ursache und Wirkung. So rückt er beispielsweise von der sozialökonomischen Deutung der englischen Revolution ab mit der bedingt richtigen, allerdings nur vom Ergebnis her gesehen zutreffenden Bemerkung, daß eine Umwälzung der Gesellschaftsverfassung nicht stattfand. An den sozio-ökonomischen Bedingungen und an der Intentionalität der englischen Revolution geht er aber durch seine Fixierung auf die politische und verfassungsrechtliche Fragestellung vorbei, ebenfalls übergeht er die insbesondere von Zagorin durchgeführte Analyse zur Englischen Revolution. (Nach Zagorin stellt z. B. die Englische Revolution einen Kampf innerhalb der herrschenden Gruppen Englands dar). Schließlich mißachtet Schröder den wiederum von Zagorin aufgestellten Anspruch, daß komparatistisch angelegte Revolutionsforschung sich immer auf die Analyse »ganzer Gesellschaften« richten muß (vgl. Meyer 1968). Durch die Vernachlässigung sowohl der soziologisch faßbaren Komponenten der revolutionären Bewegung als auch der einzelnen Entwicklungsstufen innerhalb der englischen Revolution übergeht Schröder auch weitere unter revolutionstheoretischer Sicht wichtige Probleme wie die Gefahr einer Parlamentsdiktatur und die Tatsache der Spaltung innerhalb der Parlamentsarmee. Die Unentschlossenheit des Verfassers im Hinblick auf die Beurteilung der englischen Revolution kommt schließlich darin zum Ausdruck, daß er manchmal in Anlehnung an die ältere, liberale und stark ideengeschichtlich geprägte Interpretationsrichtung Gardiners von der puritanischen Revolution spricht, andererseits diesen neueren sozialgeschichtlich überholten Begriff einer »Puritan Revolution« in Anführungszeichen setzt. Indem Schröder dem tertium comparationis, der Frage nach der Besonderheit revolutionärer Veränderung, nicht eigens nachgeht, vermag der Vergleich der beiden Revolutionen zwar manche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede in den Bedingungen und dem Verlauf der englischen und der amerikanischen Revolution aufzuzeigen; denn Schröder geht im Sinne eines komparatistischen Verfahrens vier Punkten, erstens dem präventiven Charakter, zweitens dem Zurücktreten der internationalen, universalistischen Komponente, drittens der Rolle der religiösen Fragen und viertens den Organisationsformen jeweils in beiden Revolutionen nach. Diese Verfahrensweise gibt aber keinen Aufschluß über generellere Aussagen zum allgemeineren Verständnis von Revolutionen. Die Wahl dieser vier Punkte ist allzu willkürlich, um zu verallgemeinerungsfähigen Erkenntnissen zu gelangen.

Anders demgegenüber sind die methodische Verfahrensweise und die Ergebnisse von *Heinz Schilling* einzuschätzen, der sich in seinem fundierten Beitrag »Der Aufstand der Niederlande« ausführlich mit der revolutionstheoretischen Literatur auseinandersetzt und entsprechend seiner eingeleiteten Vorklärung eine gesellschaftstheoretisch fundierte These seinen weiteren Ausführungen zugrunde legt. Nach Schilling stellt die niederländische Revolution »in ihrem gesellschaftlichen Kern [...] eine Auseinandersetzung innerhalb der aus Adel, Großbürgertum – im geringen Maße auch Großbauerntum – zusammengesetzten politischen Elite dar« (S. 203). Somit wendet Schilling ein Erklärungsmuster an, das für die Erfassung der soziopolitischen Entwicklungsdynamik in Deutschland, vor allem aber in England und Frankreich in der jüngsten Forschung vielfach verwandt und in seiner Aussagekraft und in seiner Verallgemeinerungsfähigkeit bestätigt worden ist.

Die beiden Aufsätze von *Heide Gerstenberger* »Revolution und Staatsgründung« und von *Dirk Hoeder* »Vom korporativen zum liberalen Eigentumsbegriff: Ein Element der amerikanischen Revolution« verdienen besondere Aufmerksamkeit. Denn in beiden Beiträgen haben die zentralen Begriffe zur Erfassung gesellschaftlicher Veränderung einen präzisen Bedeutungsgehalt. In diesem Sinne bezeichnet *Gerstenberger* die Gesellschaftsstruktur der Kolonialzeit insgesamt als »frühkapitalistisch«, während die Unionsgründung vorwiegend als »Ausdruck von Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft«, insbesondere des Zwangs, sich den Bedingungen der Weltkonkurrenz zu unterwerfen, und des nach-revolutionären Stabilisierungsprozesses der amerikanischen Gesellschaft gesehen wird (S. 46, 50). Erst aus

dieser gesamtgesellschaftlichen Sicht äußert sich H. Gerstenberger zur Frage nach dem revolutionären Charakter der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, wobei sie hervorhebt, daß es »doch ein gewaltiger Unterschied [ist], ob die gesamte soziale Struktur, ob die gesellschaftliche Organisation der Reduktion, umgewälzt wird, oder ob die Veränderungen innerhalb ein und derselben gesellschaftlichen Grundstruktur durchgesetzt werden« (S. 47).

Auf der Basis einer am Marxismus orientierten, undogmatischen Verwendung von Schlüsselkategorien gesellschaftlicher Veränderung, einer kritischen Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur und einer empirisch gehaltvollen Darstellung der Interessenpolitik der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen vermag Gerstenberger das Besondere der amerikanischen Staatsgründung zu erarbeiten. Nach ihr handelt es sich nicht um eine soziale Revolution. Vielmehr verwendet Gerstenberger den Begriff Revolution im Sinne der Zeitgenossen, die ihren Unabhängigkeitskampf als Revolution bezeichneten, um ihrem Ziel »der Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung« Ausdruck zu verleihen. Die Fragestellung von Gerstenberger ist auf die genauere Bestimmung dieses Staates, der nicht die Interessen aller, vielmehr die Interessen dieser bürgerlichen Gesellschaft vertrat, gerichtet. Sie gelangt auf diese Weise zu einer Hervorhebung der »typisch bürgerlichen Prinzipien von Staatsorganisation«, die nach H. Gerstenberger gerade an der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten als einem »originalen Produkt einer bereits bürgerlich organisierten Gesellschaft« in besonders prägnanter Form nachweisbar sind. In diesem Sinne werden an der Gründung des amerikanischen Staates beide in sich widerspruchsvollen Momente des bürgerlichen Staates, »das größtmögliche Maß an ökonomischer und politischer Bürgerfreiheit, welches in der bürgerlichen Revolution durchgesetzt worden ist, und gleichzeitig die strukturellen Begrenzungen, die von Anfang an der Entfaltung solcher Freiheit durch die spezifisch bürgerlich-kapitalistische Organisation dieser Gesellschaft gesetzt wurden« (S. 38), aufgedeckt.

Als aufschlußreiche Ergänzung zu diesem Beitrag ist der Aufsatz von *D. Hoeder* zu verstehen. Denn obgleich D. Hoeder nur »einem Element der amerikanischen Revolution« nachgehen will, unterstützen seine Ergebnisse die umfassende Argumentationsweise von Gerstenberger. D. Hoeder untersucht den Widerspruch zwischen korporativem und liberalem Eigentumsverständnis, »etn[en] Grundwiderspruch des puritanischen Ethos und auch der politischen Theorie, die der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und Verfassung (1789) zugrunde lag«. Dabei zeigt er, »daß die Revolutionsperiode einen entscheidenden Schritt vom korporativen zum liberalen Eigentumsverständnis mit sich brachte, oder schärfer formuliert, daß die Befreiung des Eigentums von Restriktionen zu den Gründen gehört hat, die zur Revolution geführt haben« (S. 76).

Bemerkenswert erscheint an diesem Beitrag zweierlei: zum einen die soziologisch präzise Fassung des Eigentumsbegriffs, zum anderen die enge Verbindung des Eigentumsbegriffs mit dem sozialen Verhalten der einzelnen Gruppen, Schichten und Klassen der Gesellschaft. In diesem Sinne hebt Hoeder beispielsweise hervor, daß es sich bei der Betonung von Eigentum in der politischen Theorie nicht um Eigentum allgemein, auch nicht um ein korporatives Verständnis von Eigentum, sondern »um substantial property, als Reichtum oder Kapital«, handelt (S. 87). Ebenfalls geht er dem Eigentumsbegriff der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und ihrem jeweiligen Klassenbewußtsein nach, um erst somit die Ambivalenz des Eigentumsbegriffs im Bedingungsgefüge der gesellschaftlichen Veränderung aufzudecken.

Neben diesen beiden Beiträgen, die implizit von gesellschaftstheoretischen Prämissen bestimmt sind, z. B. von der Annahme einer Abfolge von Gesellschaftsformationen und von grundlegenden, von der Produktionsphäre ausgehenden Veränderungen, sind zwei Beiträge zur Wirkungsgeschichte zu nennen, wobei *Horst Dippel* (»Die Wirkung der amerikanischen Revolution auf Deutschland und Frankreich«) auf bisher unbekanntes Akten-

material zurückgreift, während *Elisabeth Fehrenbach* (»Deutschland und die Französische Revolution«) sich auf ein Literaturresümee beschränkt.

Zwei weitere Beiträge zur Revolutionsursachenforschung sind hervorzuheben. *Hermann Wellenreuther* (»The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies: Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689–1776«) weist nach, wie die Kolonisten im Verlauf fast eines Jahrhunderts eigene Vorstellungen über die Grundlagen ihres politischen Gemeinwesens entwickelt hatten, die mit der englischen verfassungsrechtlichen Auffassung nicht mehr vereinbar waren. Nach Wellenreuther war die amerikanische Revolution nur »der konsequente Schlußstrich unter eine Entwicklung, die sich lange vorher vollzogen hatte« (S. 75).

Jürgen Bergmann (»Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848: Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland«) geht dem Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Revolution nach. Bergmann macht deutlich, daß nicht von »einer« Krise zwischen 1846 und 1849 gesprochen werden kann, daß vielmehr zwischen der Konjunkturerwicklung im industriewirtschaftlichen Bereich und im Agrarsektor unterschieden werden muß. Indem er mit statistischen Materialien der Konjunkturerwicklung sowohl im Agrarbereich als auch im monetären Sektor nachgeht, kann er als Ergebnis festhalten, daß »sich die Krise des monetären Sektors Ende 1847 andeutete und erst 1848 voll zum Ausbruch kam, während die vom Agrarsektor ausgehende Hungersnot und Teuerung dagegen im Frühjahr 1848 bereits überwiegend vorbei war« (S. 285). Auf dieser Basis vermag Bergmann die alte Frage nach dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und 1848er Revolution neu zu stellen. Dabei eröffnet Bergmann selbst die Möglichkeit, Ansätze der neueren Revolutions- und Krisenforschung mit diesen Ergebnissen zu konfrontieren und somit zur Entwicklung angemessener Fragestellungen und zu weiterführenden Hypothesen zu gelangen – eine vielversprechende Möglichkeit. Denn Bergmanns Studie setzt genau an der Stelle an, an der Konjunkturforschung und Revolutionsforschung fruchtbar zusammenwirken und zu einem vorrangigen Erklärungsinstrument für die Entstehung gesellschaftlicher Krisen werden können. Diesen Zusammenhang von Konjunkturforschung und neueren sozialwissenschaftlichen Theorien der Revolution deutet Bergmann an, betont aber zugleich, daß er »noch der Gegenstand eingehender Untersuchungen sein« müsse (S. 287).

Während diese einzelnen Beiträge in sehr unterschiedlichem Maße von revolutionstheoretischen Ansätzen und Theorievorgaben bestimmt sind, stellt der Beitrag von *Georg P. Meyer* (»Revolutionstheorie heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht«) den Versuch dar, wenn auch nur thesen- und umrißhaft, »einen Rahmen für die Analyse von Revolutionen« (S. 126) abzustecken. Nach einer Erörterung des Revolutionsbegriffs (I) und der Behandlung einiger »klassischer« thematischer Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung (II) geht Meyer der Reichweite und der Konsistenz einzelner theoretischer Erklärungsansätze nach (III), um abschließend nach einer prinzipielleren Kritik der besprochenen Revolutionstheorien (IV) selbst einen »Rahmen« für die Analyse von Revolutionen (V) abzustecken.

Trotz dieses klaren Aufbaus leidet der Beitrag darunter, daß der Verfasser sich nicht mit der nötigen methodischen Klarheit an sein eigenes Programm hält. Daher werden beispielsweise die heute faßbaren, unterschiedlichen Begriffsbestimmungen von Revolution innerhalb der Revolutionsforschung nicht deutlich. Das Ausweichen in die Unterschiedlichkeit »der Untersuchungseinheiten« mag nicht überzeugen (S. 130). Ebenfalls tritt an die Stelle einer »Behandlung einiger ›klassischer‹ Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung ein knapper Aufriß ›klassischer Studien‹ seit 1920, ausgehend von der Arbeit von Edwards, um weiterhin am Modell von Eckstein, dem Ansatz von Craine Brinton und der Typologie von Chalmers Johnson den Einfluß der »Naturgeschichte« von Edwards nachweisen zu können. Trotz der Verbindung von historischer Forschung und systema-

tischen Interessen seien »diese von der ›Naturgeschichte‹ inspirierten Arbeiten [...] in paradoxer Weise unhistorisch« (S. 140). Schließlich geht Meyer an den drei neueren Theorieentwürfen von Davies/Gurr, von Chalmers Johnson und von Charles Tilly der Reichweite und inneren Konsistenz der neuesten Revolutionsforschung nach, die sich »durch ihre weit ambitionierteren Entwürfe und durch ihr noch stärker gebrochenes Verhältnis zur Geschichte von den ›naturgeschichtlichen‹ Vorläufern« (S. 141) unterscheidet.

Sowohl in der von Davies entwickelten »J-Kurve« als auch im Theorem von der »relativen Deprivation« von Gurr erkennt Meyer einen wichtigen Schritt von einem individualpsychologischen zu einem sozialpsychologischen Erklärungsmodell. Trotz kritischer Einwände (Davies wird merkwürdigerweise »ökonomische Monomanie« attestiert, S. 145) sieht Meyer hier einen vielversprechenden Forschungsansatz, während »Johnson's systemtheoretische Reformulierung und Synthese eigentümlich vertrauter Ergebnisse der Revolutionsforschung – zumindest intentional – [als] wichtiges Korrektiv der individual- wie sozialpsychologischen Verkürzungen der revolutionstheoretischen Perspektive« gewertet werden (S. 152). Schließlich wird das Prozeß-Modell von Tilly, das, wie Meyer hervorhebt, die Mängel sowohl der Sozialpsychologie als auch der soziologischen Systemtheorie zu überwinden sucht, als »einseitig« verworfen. Nach Meyer ist das von Tilly gewählte Abstraktionsniveau für empirische Forschung zu hoch und zu formal. Tilly erliege »dem Trugschluß einer Theorie der Revolution« (S. 155).

Erst nach dieser kritischen Auseinandersetzung mit drei führenden Theorieentwürfen gelangt Meyer zu seinen »prinzipielleren Einwänden«, die als allgemeine Postulate an eine historisch-sozialwissenschaftliche Revolutionsforschung verstanden werden können. Denn aus den »durchgängigen Mängeln dieser Teiltheorien revolutionärer Transformationsprozesse« gewinnt Meyer seine Prinzipien, die auf so unterschiedlichen Ebenen liegen, wie die Forderungen nach einem ideologiekritischen Verfahren, nach abstrakter Begrifflichkeit, die nicht in terminologische Hochstapelei umschlägt, nach Quantifizierung, ohne ins Technologische abzugleiten, und dergleichen mehr. Von grundlegender Bedeutung ist aber seine an dem gegenwärtigen Diskussionsstand zur Modernisierungs- und zur sozialen Evolutionstheorie gewonnene Forderung, Revolutionsforschung müsse sich an dem Reflexionsniveau sowohl »der Modernisierungstheorien« als auch der »traditionellen marxistischen Theorie« messen. Damit benennt Meyer zugleich das für seinen eigenen Rahmen bestimmte Prinzip, das mit der von Wehler in seiner Auseinandersetzung mit Karl Marx und Max Weber vorgeschlagenen Kompromißformel identisch ist. Ohne selbst eine Vorentscheidung für einen Theorieansatz zu treffen, sucht Meyer diese in der gegenwärtigen Diskussion zur Disposition gestellten Ansätze in ein Forschungsinstrumentarium zu verwandeln – ein Unternehmen, das nicht geklärte methodologische Fragen aufwirft. Meyer bezeichnet diesen Versuch selbst als »problematisch« (S. 169).

Dieser Beitrag ist für die augenblickliche Forschungslage symptomatisch. Im Sinne eines erfreulich weit gefaßten Pluralismusverständnisses werden unterschiedliche Ansätze als heuristisches Instrumentarium zu einer, wie Meyer sagt, »Synthese« gebracht, ohne den Anspruch auf theoretische Stringenz zu erheben. Somit wird ein Rahmen für Revolutionsforschung abgesteckt, der die Vorteile der forschungsstrategischen Offenheit zu verwirklichen sucht, ohne den Nachteilen eines intellektuellen Stillstands zu erliegen.

Annette Kuhn